gemäß zu arbeiten, d. h. die laufenden Arbeiten einzuteilen und somit ihre Arbeitskräfte und Einrichtung voll auszunutzen, um so gerechter ist zugleich die Verteilung der Kosten. Der idealste Zustand wäre nach den bisherigen Erfahrungen wohl der, durchweg größere staatliche Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalten einzurichten, und so die Unterhaltungskosten ganz gleichmäßig unter Berücksichtigung der gesamten Einnahmen des Staates an Geldstrafen und Untersuchungsgebühren aus § 16 Abs. 4 des Nahrungsmittelgesetzes und den entsprechenden Bestimmungen der Ergänzungsgesetze zu diesem Gesetze zu verteilen. Denn insbesondere in den leistungsschwachen kleinen Gemeinden sind die Kosten, die durch die ambulante Lebensmittel- sowie auch durch die hauptberufliche Weinkontrolle entstehen, verhältnismäßig am größten. Es fragt sich demnach, ob eine allgemeine Verstaatlichung der öffentlichen Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalten möglich ist, und ob vielleicht demnächst sogar die Verhältnisse zu einer allgemeinen Verstaatlichung drängen werden. Die Beantwortung der ersten Frage hängt zum Teil mit der Leistungsfähigkeit und den Grundsätzen der Länder auf finanziellem Gebiet zusammen, jedoch darf bei der Prüfung dieser Frage nicht übersehen werden, daß der Staat durch die Festsetzung angemessener Gebühren die ihm durch die Verstaatlichung bestehender öffentlicher Anstalten erwachsenden Kosten besser abzuwälzen in der Lage ist wie die Behörden, die die bisherigen öffentlichen Anstalten der zuvor angegebenen Art unterhalten, und daß gegebenenfalls dann diese Kosten sich für die Polizeibehörden voraussichtlich wesentlich günstiger als bisher gestalten werden. Die Beantwortung der zweiten Frage ergibt sich aus der Entwicklung der finanziellen Lage der Gemeinden. Anscheinend ist diese bis auf weiteres im allgemeinen eine recht ungünstige. Ich möchte zur Zeit davon absehen, zu den beiden außerordentlich wichtigen Fragen weiter Stellung zu nehmen; der Zweck meiner Ausführungen sollte lediglich der sein, sie anzuschneiden, um hierdurch darauf hinzuweisen, daß auch diese Entwicklung der Verhältnisse sorgfältig weiter verfolgt werden muß, und ich behalte mir vor, auf beide Fragen zurückzukommen, sobald sich das Ergebnis der gegenwärtigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Anstalten, der Gemeinden und des Staates klarer als bisher übersehen läßt.

Der Vorsitzende: Ihr Beifall ist das beste Zeugnis dafür, welches lebhaftes Interesse die Ausführungen des Berichterstatters gefunden haben. Auch ich möchte als Leiter der Versammlung dem Berichterstatter den aufrichtigsten Dank der Versammlung aussprechen.

Zunächst bitte ich Herrn Beythien, das Wort zu seinem Referat zu nehmen.

Ersatzmittelverordnung oder Nahrungsmittelgesetz?

Von

A. Beythien-Dresden.

De mortuis nil nisi bene! So ungefähr könnte man meines geschätzten Vorredners Ausführungen über das verflossene Ersatzmittelwesen charakterisieren, denen ich mich im großen und ganzen durchaus anschließe, deren Ergänzung durch schärfere kritische Hervorhebung gewisser Einzelheiten mir aber doch nicht überflüssig erscheint. Wie Sie wissen, bin ich niemals ein Freund der Reglementierungs- und Organisationssucht der vergangenen Jahre gewesen, sondern mehrfach gegen die Flut von papierenen Verordnungen, die sich über unser Volk ergoß, aufgetreten. Sie

werden es mir daher nicht verübeln, wenn ich beim Beginn einer neuen Ära unserer Tätigkeit noch einmal die Schattenseiten der früheren Einrichtung hervorhebe, denn aus unseren Fehlern lernen wir.

Hervorgerufen durch die Not der Zeit und den daraus erwachsenden empörenden Schwindel mit Ersatzmitteln jeder Art, ist die Einführung des Genehmigungszwanges in erster Linie, wir dürfen das nicht verschweigen, von den Vertretern der amtlichen Nahrungsmittelkontrolle gefordert und begrüßt worden. Sie hat jedoch die auf sie gesetzten Hoffnungen nur zu einem recht bescheidenen Teile erfüllt, dafür aber eine Reihe bedenklicher Übelstände gezeitigt, die eine Aufhebung der bezüglichen Vorschriften immer dringender wünschenswert erscheinen ließen.

Die Ursachen für das Versagen der mit bester Absicht errichteten Ersatzmittelstellen liegen jetzt klar vor aller Augen. Sie sind einerseits in dem ständig wachsenden Rohstoffmangel zu suchen, der die Herstellung brauchbarer, genehmigungswürdiger Ersatzmittel im Grunde überhaupt unmöglich machte, andererseits aber auch in dem bürokratischen Geschäftsgebaren vieler dieser Ämter und Stellen, deren Leitung nicht immer sachkundigen Persönlichkeiten anvertraut war. Auch ohne daß ich bestimmte Namen nenne, wissen Sie, daß manche Entscheidungen den Geist der Mittelmäßigkeit und subalternen Auffassung an der Stirn trugen.

Ein grundsätzlicher Fehler war es schon, daß eine Reihe der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel dem Einflusse der Ersatzmittelstellen entzogen blieben, insbesondere nach der Verordnung vom 7. März 1918¹⁾ alle Waren, deren Herstellung und Vertrieb von einer anderen dem Reichskanzler unterstehenden Stelle beaufsichtigt wurde, wie Kunsthonig und Vanillinzucker (Reichszuckerstelle), Puddingpulver, Morgentrank und Würze, soweit das Rohmaterial durch die Kriegsnährmittel G. m. b. H. zur Verfügung gestellt wurde, Knochenbrühextrakt, Knochenbrühwürfel und Knochenbrühwürfelmasse (Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette); Extrakte und Würzen aus Fischen, Schal- und Krustentieren, sowie Würste, Sülzen und sonstige Erzeugnisse aus diesen Stoffen, soweit sie nicht ohne weiteres als Konserven aus Fischen, Schal- und Krustentieren anzusehen waren (Reichskommissar für Fischversorgung); Kaffee-Ersatzmittel, soweit sie aus den vom Kriegsausschuß für Kaffee, Tee usw. gelieferten Rohstoffen hergestellt waren (Getreidekaffee, Zichorienkaffee, ferner Kaffee-Ersatzmischungen aus Getreide, Zichorie, Rüben, Eicheln, Obstrestern, Eichelkaffee, Kaffee-Essenz aus Zuckerstoffen, Feigenkaffee); künstliche (gestreckte) Marmeladen, Gelees und Muse (Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen), weiter auch Margarine und Kunstspeisefett, Süßstoffe²⁾, Bier, Tabak usw.

Mußte schon diese Verteilung auf zahlreiche Stellen, weil sie Zersplitterung und widerstrebende Auffassungen unabweisbar herbeiführte, als bedenklicher Fehler angesehen werden, so wirkte die Ausschaltung der in erster Linie berufenen Nahrungsmittelchemiker, oder doch ihrer überwiegenden Zahl, von den entscheidenden Stellen geradezu verhängnisvoll, weil sie das Interesse der letzteren lähmte und die praktische Durchführung der gefaßten Beschlüsse ungünstig beeinflusste.

Zweifellos sind zunächst die allerschlimmsten Auswüchse des Ersatzmittelschwindels, die Kreidepulver und ähnliche Scheußlichkeiten beseitigt worden, aber die tatsächlich zum Handel zugelassenen Erzeugnisse waren doch zum größten Teile nicht viel besser als ihre abgelehnten Genossen. Ich will den Ersatzmittelstellen aus ihrer oft recht weitherzigen Stellung bei Genehmigungen keinen allzu großen Vorwurf machen, habe ich doch selbst empfohlen, das Publikum durch Suggestion und harmlosen Selbstbetrug zu beruhigen, statt ihm die gähnende Leere der Nahrungsmittel-

¹⁾ Vergl. Juckack, Diese Zeitschrift 1919, 37, 213.

²⁾ Mitteil. f. Preisprüfungsstellen vom 1. Oktober 1919.

geschäfte zu zeigen. Ich will auch, um nicht alte Wunden aufzureißen, lieber die Toten ruhen lassen und nicht einzelne genehmigte Ersatzmittel, die wie Suppenmehl, Puddingpulver, Vanillinsalz und Honigaroma einigen unter uns ans Herz gewachsen sind, näher beleuchten. Aber darin stimmen wir doch wohl überein, daß mit genehmigten Ersatzmitteln manche wertvolle Rohstoffe, besonders Mehl und Zucker, in überflüssigen und unzweckmäßigen Mischungen mit Rübe und Salz vergeudet wurden, die besser den Verbrauchern unvermischt zugeführt worden wären.

Vor allem aber bot der für 50 M. ausgestellte Genehmigungsschein, und das ist die bedenklichste Seite der ganzen Angelegenheit, nicht die mindeste Gewähr dafür, daß die unter seiner Deckung in den Handel gebrachte Ware nun auch wirklich der dem Ersatzmittelamte eingereichten und von diesem mit heißem Bemühen untersuchten Probe entsprach. Wir Vertreter der amtlichen Nahrungsmittelkontrolle wissen im Gegenteil nur zu gut, daß das durchaus nicht der Fall war. Während der ehrliche Gewerbetreibende sich vielfach scheute, seine langjährig erprobten Rezepte einem ihm gänzlich unbekannten Chemiker preiszugeben, machte der gewerbsmäßige Schwindler einfach eine wundervolle Untersuchungsprobe ad usum delphini zurecht und füllte dann in die mit dem Genehmigungsvermerk versehene Umhüllung — die letztere war ja eigentlich die Hauptsache — eine beliebige andere wertlose Mischung. Noch vor wenigen Tagen ist mir bekannt geworden, daß ein Waschmittelfabrikant aus der Dresdner Gegend, nachdem ihm die früher erteilte Genehmigung wieder entzogen worden war, für 500 000 M. Kochsalz als Waschpulver an den Mann brachte, und jeder von Ihnen hat ähnliche Fälle erlebt.

Was machte nun der praktische Nahrungsmittelchemiker, dem großmütig die Überwachung des Handels überlassen war, wenn er ein ihm wertlos erscheinendes Ersatzmittel antraf? Er sah zunächst, wenn er besonders gewissenhaft und organisatorisch veranlagt war, in seiner an der Hand der veröffentlichten Listen angefertigten Karthotek nach und konnte so ohne weiteres feststellen, ob ein genehmigtes oder abgelehntes Ersatzmittel in Frage kam.

Aber mit diesen Karteien hatte es seinen Haken. Sie wuchsen und wuchsen und schwellen bald so unendlich an, daß sie alle Räume des Untersuchungsamtes überfluteten und einen ganzen Stab von Kanzleibeamten zur Bedienung erforderten. Und schließlich nützten sie doch nicht weiter, als daß sie die Möglichkeit einer Anfrage bei der zuständigen Ersatzmittelstelle gewährten, ob sie in Wahrheit die Genehmigung erteilt habe. Bei einer Abweichung von den Richtlinien erschien die Verneinung dieser Frage aber selbstverständlich! So war nicht nur die vorherige Untersuchung der eingelieferten Probe eine Verschwendung geistiger Energie, da ja die Genehmigung schon auf Grund des bekanntgegebenen Rezeptes erteilt werden konnte, sondern auch die ganze Arbeit der Ersatzmittelstelle war überflüssig, weil der Schwerpunkt der Überwachung bei der späteren Kontrolle lag, deren Wirksamkeit durch sie nur behindert wurde. Völlig zwecklos mußte sie aber mit dem Aufhören des Kriegszustandes werden, als alle diese schönen genehmigten Ersatzmittel mit einem Schlage unverkäuflich wurden und sich in Fabriken und Läden als toter Ballast anhäuften.

Wenn sonach heute die geplagten Kleinbändler die Aufhebung des Genehmigungszwanges freudig begrüßen, so wird ihm auch, abgesehen von den unmittelbar an den Ersatzmittelstellen beschäftigten, kaum ein Nahrungsmittelchemiker eine Träne nachweinen. Er war ein Notbehelf, und noch dazu ein untauglicher, im Kriege und mußte trotz allen Widerstrebens wie die übrigen Errungenschaften der Zwangswirtschaft weichen.

Ja, nach meiner Ansicht wäre es am besten gewesen, um einmal reine Bahn zu schaffen, dem Genehmigungszwang gleichzeitig sämtliche anderen auf Nahrungs-

und Genußmittel bezügliche Kriegsverordnungen, mit alleiniger Ausnahme der Bekanntmachung gegen irreführende Bezeichnungen vom 26. Juni 1916, nachzuschicken, denn sie verwirren nur die Begutachtung, ohne einen praktischen Nutzen zu stiften.

So sollte, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Bekanntmachung des Bundesrats über die äußere Kennzeichnung der Waren vom 18. Mai 1916 das Publikum zur Mitwirkung bei der Bekämpfung des Nahrungsmittelschwindels heranziehen, indem man ihm die Möglichkeit verschaffte, aus dem Aufdruck Inhalt und Preis zu ersehen. Man überließ den Käufern die Entscheidung, ob es die geforderten Preise bezahlen wolle, nachdem man die meist unverschämte Forderung selbst nicht hatte verhindern können, auch nicht mit Hilfe der noch kurz zu besprechenden Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung. Aber es zeigte sich, daß das Publikum, dessen Urteilslosigkeit schon im Frieden oft beklagt werden mußte, sich in den Jahren der Not gar nicht um die schönen Inschriften der Verpackungen kümmerte. Was nützte ihm die Kenntnis, daß der ihm für 75 Pfg. verabfolgte Papierbeutel 2 oder 3 g Pfeffer enthielt, oder daß die 10 M. kostende Blechdose 3 Heringe mittlerer Größe umschloß! Er gebrauchte eben den Pfeffer und bezahlte daher den 60-fachen Friedenspreis, und wenn der Verkäufer statt 75 Pfg. 1,50 M. auf den Beutel gedruckt hätte, so würde die Hausfrau eben den 100-fachen Betrag des Friedenspreises bezahlt haben. Die Bekanntmachung verschaffte somit zwar den Behörden das angenehme beruhigende Gefühl, daß eine Täuschung der Käufer unmöglich gemacht sei, aber das war auch alles! Die Zwischenhändler verteilten nach wie vor die Gewürze auf Papierbeutel mit 2—3 g Inhalt und schrieben gewissenhaft ihren Namen und Wohnort, das Gewicht und den Preis der Ware auf die Umhüllung. Gekauft wurde doch! Wenn wirklich einmal ein eifriger Nahrungsmittelchemiker feststellte, daß statt der zugesicherten 3 g nur $2\frac{1}{2}$ g Pfeffer in der Packung enthalten waren, so wurde ihm bewiesen, daß die Ware inzwischen durch Eintrocknung um $\frac{1}{2}$ g leichter geworden sei, oder daß nur ein unvermeidliches Versehen der Arbeiter vorliege. Jeder in der amtlichen Kontrolle einigermaßen Erfahrene hätte den Vätern dieser Verordnung sagen können, daß die Hoffnung auf Mitwirkung der Käufer illusorisch sei, daß das Publikum, wenn überhaupt, gegen seinen Willen vor Betrug geschützt werden müsse.

Insofern lag der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 ein richtiger Gedanke zugrunde, und es soll nicht bestritten werden, daß durch die aufopfernde Arbeit der Preisprüfungsstellen, Landespreisprüfungs- und Kriegswucherämter mancher Schwindel aufgedeckt und geahndet worden ist. Aber im großen und ganzen kann man sich doch dem Eindruck nicht entziehen, daß mehr die kleineren plumperen Betrügereien erwischt wurden, während die großen Millionenschwindler durch die Maschen des Gesetzes schlüpfen.

Das lag, abgesehen von der Schwierigkeit, den Geltungsbereich der Bekanntmachung genau abzugrenzen, — hat man doch sogar gezweifelt, ob Rum und Feigen Gegenstände des täglichen Bedarfs seien, — vor allem an der Zaghaftheit, mit der man an die Feststellung eines übermäßigen Gewinns herantrat.

Zwar machten es sich einige Chemiker, die nach dem Vorbilde Jonscher's¹⁾ frisch, fromm, fröhlich und frei an die Sache herantraten, insofern leicht, als sie den für eine bestimmte Warenmenge geforderten Preis mit dem im reellen Handel üblichen Marktpreise größerer Gewichtseinheiten (1 Pfund, 1 Kilogramm) verglichen und bei offensichtlicher Überschreitung des letzteren einen übermäßigen Gewinn annahmen. Aber dieses vereinfachte Verfahren hielt, wie schon Stadlinger²⁾ hervorhob, einer

¹⁾ Zeitschr. öffentl. Chem. 1918, 24, 263, 285; 1919, 25, 148.

²⁾ Ebenda 1919, 25, 275.

kaufmännischen Kritik gegenüber nicht stand. Einige Beispiele aus Jonscher's Sammlung mögen das näher illustrieren (wörtlich):

„Ein Blechsächtelchen mit 86 Tabletten von insgesamt 38,5 g Gewicht Tee wurde zu 1,50 M. verkauft. Der Verkaufspreis des Tees berechnete sich nach Abzug des Verpackungswertes mit 10 Pfg. leicht zu 18,18 M. pro Pfund, womit eine 11-fache Wertüberforderung vorlag, wenn man das Pfund Teegrus mit 1,50 M. reellem Werte einsetzte.“

Über einen zu 20 Pfg. verkauften Buttersparer, der aus 20 g schwach gesalzenem und gefärbtem Kartoffelmehl bestand, urteilt Jonscher: „Da der Beutelinhalt genau 50 g wog und mit 20 Pfg. verkauft wurde, so kam das Pfund Buttersparer, dessen reeller Handelswert unter Zugrundelegung des gesetzlichen Höchstpreises für Kartoffelmehl sich nur auf 19,8 Pfg. berechnete, auf 2 M. pro Pfund zu stehen. Der verlangte Kleinverkaufspreis überstieg also den realen Handelswert um das 10-fache, was ihm eine Beanstandung wegen Preisüberforderung eintrug.“

Wie ersichtlich litt diese Überlegung, ganz abgesehen von den viel zu niedrigen Marktpreisen, zu denen die Rohstoffe gar nicht erlangt werden konnten, an dem grundsätzlichen Fehler, daß sie Übervorteilung des Käufers mit übermäßigem Gewinn des Herstellers verwechselte. Zum Nachweise des letzteren war vielmehr Berücksichtigung der Geschäftskosten erforderlich, und man muß Stadlinger (a. a. O.) recht geben, wenn er sagt:

„Daß der Hersteller doch sehr beträchtlichen Aufwand für das Mischen der Rohstoffe, für Abfüllen, Mischverlust, Umbüllung, Kisten, Frachten, Rollgeld und sonstige Betriebskosten zu bestreiten hat, daß er schließlich auch Anspruch auf angemessene Verzinsung des eigenen und des fremden Betriebskapitals, auf den Ausgleich von Verlusten, sowie Entschädigung für seine eigene Arbeitskraft erheben muß, schien den betreffenden Gutachtern bei der Kalkulation des Selbstkostenpreises keiner weiteren Beachtung wert.“

Auch wenn man weniger sanguinisch wie Stadlinger über den volkswirtschaftlichen Wert dieses meist ganz überflüssigen Mischens, Abfüllens in kleine Päckchen u. dergl. denkt, so ist doch nicht zu bestreiten, daß die Gerichte diese Kosten bei Erörterung der Schuldfrage berücksichtigen mußten. Wieweit sie in dieser Richtung gingen, mögen einige Beispiele aus meiner eigenen Praxis dartun:

Ein Winkelfabrikant füllte für 3 Pfg. gelbgefärbtes Kartoffelmehl in einen Papierbeutel, der mit der Bezeichnung Butterpulver für 20 Pfg. im Kleinhandel abgegeben wurde. Der Käufer war zweifellos um 17 Pfg. geschädigt, aber eine übermäßige Preissteigerung wurde vom Gerichte verneint, weil der Hersteller folgende, von dem praktischen Sachverständigen der Preisprüfungsstelle gebilligte Kalkulation vorlegte:

Wert des Kartoffelmehls	3 Pfg.	Zeitungsreklame	2 Pfg.
Papierbeutel	2 „	Vertreterprovision	2 „
Aufdruck	1 „	Verdienst des Stadtreisenden	3 „
Abwiegen und Einfüllen	1 „	„ „ Kleinhändlers	4 „
Pappkarton	1 „		
		Zusammen	19 Pfg.

Für den Fabrikanten selbst bleibt nur 1 Pfg. Nutzen. Niemand hat einen übermäßigen Gewinn, aber das Publikum ist der Dumme.

Ein weiteres Beispiel für technische Waren, das ich bereits auf unserer 16. Hauptversammlung in Berlin am 28. September 1918¹⁾ vorzutragen beabsichtigte, erscheint fast noch lehrreicher und möge daher hier angeführt werden. Ein Dresdner Fabrikant brachte im Jahre 1916 Mischsoda aus 20 % Soda und 80 % Steinsalz zum Preise von 9 M. für 100 kg in den Handel. Diesen Preis begründete er im Laufe der Voruntersuchung wegen übermäßiger Preissteigerung in folgender Weise:

20 kg calc. Soda (100 kg = 11,50 M.)	2,30 M.
80 kg Steinsalz (100 kg = 1,58 M.)	1,27 „
Betriebskosten, wie Arbeitslohn, Miete	1,50 „
Sack für die fertige Mischung	1,70 „
Abnutzung der Säcke für Rohstoffe	0,70 „
Vergällungsspesen	0,47 „
Summe	7,94 M.
Reingewinn	1,06 „
Verkaufspreis	9,00 M.

¹⁾ Diese Zeitschrift 1919, 37, 353.

Gegen diese Berechnung waren von der Preisprüfungsstelle keine Einwendungen erhoben worden, bis ich darauf hinwies, daß der relativ nicht besonders hohe Betrag für Reingewinn und Betriebsunkosten doch ein ganz anderes Gesicht erhalte, wenn man den Umfang des ganzen Geschäftes berücksichtige. Der sog. Fabrikant hatte nämlich in dem kurzen Zeitraum von 22 Monaten 685 000 kg Soda bezogen, aus denen unter Zusatz der vierfachen Menge Salz 34250 dz Mischsoda hergestellt worden waren. Als Betriebsunkosten berechnete er für 1 dz 1,50 M., im ganzen also mehr als 51 000 M. Diese Betriebsunkosten entstanden dadurch, daß die Ehefrau des Unternehmers mit 2, zeitweilig sogar 3 Arbeitern die Soda und das Salz in eine Mischtrommel schütteten und nach mehrmaliger Umdrehung der Kurbel mit Handantrieb das Gemisch in Säcke füllten. Rechnet man die Löhne der Arbeiter für damalige Zeit hoch zu 7000 M., so erhielt die Frau für ihre gewiß nicht übermäßig geistvolle Tätigkeit in 22 Monaten 44 000 M. Dazu der sog. Reingewinn von 1,06 M. für 100 kg, oder rund 36 000 M. in 22 Monaten ergibt als die Gesamteinnahme des Ehepaares für die Beglückung der Menschheit mit versalzener (sog. „Dresdner“) Soda den Betrag von 80 000 M.! Diese Überlegung, die ja nicht eigentlich Sache des Chemikers war, fand beim Gericht Verständnis und hatte den vom Standpunkte des moralischen Gefühls erfreulichen Erfolg, daß dem „Sodafabrikanten“ ein Teil des Raubes wieder abgejagt werden konnte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in zahllosen anderen Fällen gewagte Aufstellungen von Geschäftsunkosten die kritische Untersuchung der Preisprüfungsstellen bestanden.

Ist man doch in der Anrechnung sog. Spesen soweit gegangen, daß ein Ersatzfabrikant einen Rucksack, den er zum Einhamstern von Butter gebrauchte, mit 5 M. und Duden's Rechtschreibung zur Vermeidung orthographischer Fehler beim Rechnungschreiben mit 3,60 M. einsetzen durfte. Es fehlte nur noch, daß man die Kontoreinrichtung, ein Fahrrad und einen Sportanzug auf den Preis draufschlug. So gehandhabt, mußte sich die Bekanntmachung gegen übermäßige Preisssteigerung als eine stumpfe Waffe erweisen. Das einzige Mittel, sie wirksam zu gestalten, nämlich den Grundsatz, daß die Spesen einen bestimmten Betrag des Materialpreises, etwa das Doppelte, nicht übersteigen durften, hat man nicht zu ergreifen gewagt.

Gerade weil man die Wirkungslosigkeit dieser beiden Verordnungen zur Bekämpfung des Ersatzmittelschwindels erkannte, hat man den Genehmigungszwang eingeführt. Nachdem also nunmehr der letztere, als die ultima ratio gefallen ist, sollte man meiner Ansicht nach auch ihre kümmerlichen Vorgänger preisgeben, denn wenn der Herzog fällt, muß der Mantel nach.

Bis das geschieht, wollen wir uns wenigstens freuen, daß das Nahrungsmittelgesetz wieder in seine vollen Rechte tritt, und nur darum habe ich die Ihnen vielleicht abseits vom Thema liegende Kritik der Kriegsverordnungen etwas ausführlicher gestaltet, um die Vorzüge des früheren gediegenen, wohlgedachten Reichsgesetzes in das richtige Licht zu setzen.

Die uns altvertraute Waffe zur Bekämpfung der Unlauterkeit im Nahrungsmittelhandel, das **Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879**, das für alle übrigen Staaten vorbildlich gewesen ist, wird sich auch in den kommenden Zeiten wieder bewähren, und wenn wir auch schon seit Jahren über Vorschläge zu seiner Ergänzung und Verbesserung beraten haben, so möchte ich es doch in seinen Grundzügen erhalten wissen, schon aus dem Grunde, weil es in einer Unzahl wertvoller richterlicher Urteile bis in die feinsten Einzelheiten klargestellt worden ist, und sein Inhalt tief in das Rechtsbewußtsein des Volkes Eingang gefunden hat.

Vor allem würde es mir bedenklich erscheinen, die freie richterliche Beweisführung zu sehr einzuschränken, nicht nur vom Standpunkte des Beschuldigten aus, der sich dadurch beeinträchtigt fühlen müßte, sondern auch in unserem eigensten Interesse. Denn ohne die Verdienste des geschickten Analytikers irgendwie zu unterschätzen und bei voller Würdigung der Kämpfe von Gegenschachverständigen mit ihren unangenehmen Begleiterscheinungen halte ich doch die sorgfältige sachliche Begründung unserer Gutachten für den reizvollsten Teil unserer Tätigkeit.

Daß das Nahrungsmittelgesetz auch bei Berücksichtigung dieser allgemeinen Gesichtspunkte eine Reihe von Mängeln und Lücken enthält, die in später erlassenen

Gesetzen anderer Staaten, besonders der Schweiz, beseitigt worden sind, ist uns allen bekannt und wir werden uns nicht der Aufgabe entziehen, unsere praktischen Erfahrungen bei einer Neuregelung zur Verfügung zu stellen.

Im Hinblick auf die eingehenden Darlegungen meines Vorredners, den wir als einen der besten Kenner dieser Frage kennen, darf ich mich darauf beschränken, die dringendsten Punkte herauszugreifen, um so mehr, als ich im großen und ganzen mit ihm völlig übereinstimme.

Überschrift des Gesetzes. Fraglich ist mir zunächst nur, ob man in der Überschrift des Gesetzes, wie Herr Geheimrat Juckenack empfiehlt, die Ausdrücke Nahrungs- und Genußmittel in den Begriff „Lebensmittel“ zusammenfassen soll. Mir scheint das letztere Wort weniger bezeichnend, denn wenn es bislang auch in der Regel für die zur menschlichen Ernährung dienenden Stoffe angewandt worden ist, so könnte es doch rein sprachlich auch auf andere wichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Heiz-, Leucht- und Kleidungsstoffe ausgedehnt, oder gar, was bedenklicher wäre, mittels gewiegener Dialektik auf die zur Ernährung notwendigen Stoffe eingeschränkt werden. Gerade das von Herrn Geheimrat Juckenack angezogene Urteil des Reichsgerichts vom 27. November 1917, nach welchem Tabak und Zigaretten nicht unter den Begriff Lebensmittel fallen, redet in dieser Hinsicht eine bedenkliche Sprache.

Ich glaube, wenn die altgewohnten Ausdrücke: Nahrungs- und Genußmittel beibehalten werden, können wir am ersten erwarten, daß die Rechtsprechung mit dem Wiedereintritt geordneter Verhältnisse zu der früher vom Reichsgericht gegebenen Begriffsbestimmung zurückkehren wird, nach der es heißt:

Nahrungsmittel sind Stoffe, welche, sei es in fester oder flüssiger Form, der Ernährung des menschlichen Körpers dienen, auch wenn zu deren Genießbarkeit eine vorherige Zubereitung erforderlich ist.

Der Begriff Genußmittel ist weiter. Er umfaßt alle Stoffe, welche auch ohne der Ernährung (d. h. der Erzeugung von Kraft und Wärme oder dem Ersatze verbrauchter Körpersubstanz. B.) zu dienen, genossen zu werden pflegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie durch die Organe dem menschlichen Körper zugeführt und mit dem Genuße verbraucht werden.

In diesem Sinne sind Tabak und Zigarren in dem Urteil des Reichsgerichts vom 31. März 1881¹⁾ als Genußmittel angesehen worden, womit den Forderungen der Nahrungsmittelkontrolle völlig Genüge geleistet sein würde.

Im übrigen würde es keine Schwierigkeiten bieten, die Begriffsbestimmung für Nahrungs- und Genußmittel in das Gesetz mit aufzunehmen.

Zustimmen wird man Juckenack in der Forderung, daß die Vorschriften über Gebrauchsgegenstände gründlich neu bearbeitet werden müssen und daß statt ihrer in der Überschrift des Gesetzes besser „andere Gegenstände des täglichen Bedarfs“ gesagt wird.

Ausdehnung der Kontrolle auf Fabrik- und Lagerräume. Der wichtigste Punkt ist zweifellos die Erweiterung der den Polizeibeamten in § 2 N.M.G. eingeräumten Befugnisse. Mit Recht beschwerten sich die Kleinhändler darüber, daß sie fast ausschließlich die Last der Kontrolle zu tragen haben und daß die Beschränkung der Revisionen auf die Ladengeschäfte eine außerordentliche Härte darstellt. Es ist daher anzustreben, daß den Beamten und auch den Sachverständigen der Polizei das Recht verliehen wird, in die Räumlichkeiten einzutreten, die zur Herstellung, Gewinnung, Behandlung und Aufbewahrung der in § 2 genannten Waren dienen. Sicher würde es sich auch nach dem Muster des Schweizerischen Nahrungsmittelgesetzes empfehlen, den Beamten neben dem Rechte des Eintritts und der Probenahme auch das Recht der Besichtigung und der Ausführung einfacher Vorprüfungen zu erteilen.

¹⁾ Rechtspr. 3, 848.

Auf diese Weise könnte der Schwerpunkt der Kontrolle in die Fabriken verlegt und die Verfälschung an der Wurzel bekämpft werden.

Den Vorschlägen Juckenack's zu den §§ 3 und 4 stimme ich vorbehaltlos zu. Die Anregung, den Milchhandel konzessionspflichtig zu machen, entspricht einem alten Wunsche der reellen Gewerbetreibenden und wird daher kaum auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Ob die Ausdehnung der Vorschriften des N.M.G. auf die Konsumvereine ebenso glatt verlaufen wird, erscheint zunächst zweifelhaft. Wir müssen aber zum mindesten diese Forderung vertreten, da wir aus zahlreichen Beschwerden des Publikums wissen, daß auch diese Stellen nicht vom rein humanitären Standpunkte, sondern meist nach rein kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden, so daß auch ihre Käufer sich oft durch die verabfolgten Waren geschädigt fühlen. Mir ist die Rechtsprechung, daß in den Konsumvereinen kein Feilhalten oder Verkaufen stattfindet, bei dem klaren Wortlaute des Gesetzes immer unverständlich gewesen. Da diese merkwürdige Auslegung nun aber einmal ergangen ist, müßte sie für die Zukunft durch eine besondere Bestimmung des Gesetzes verhindert werden.

Die in § 5 erteilte Ermächtigung, durch kaiserliche Verordnung in bestimmten Fällen bindende Vorschriften zu erlassen, ist an die Voraussetzung „zum Schutze der Gesundheit“ gebunden. Alle vorliegenden Erfahrungen zwingen zu der Erweiterung auf den wirtschaftlichen Schutz der Verbraucher.

Auch erscheint es mir zweckmäßig, um die Sondergesetze über Farben und bleizinkhaltige Gegenstände durch Ausführungsbestimmungen im Rahmen des allgemeinen Nahrungsmittelgesetzes entbehrlich zu machen, die in Absatz 4 aufgezählten Gruppen von Gebrauchsgegenständen: Bekleidungsgegenstände, Spielwaren, Tapeten, Eß-, Trink- und Kochgeschirr entsprechend zu erweitern.

So hat es sich, um nur einige Beispiele herauszugreifen, als störend herausgestellt, daß Faßhähne, Senfbüchsen, Stanniolkapseln, Konservendosen usw. nicht als Eß-, Trink- und Kochgeschirre angesehen wurden. Man könnte daher den letzteren nach dem Muster der Schweizerischen Verordnung vom 8. Mai 1914¹⁾ an die Seite stellen: „bei der Zubereitung oder beim Genuß von Lebensmitteln zur Verwendung gelangende Werkzeuge und Einrichtungen und zur Aufbewahrung von Lebensmitteln bestimmte Gefäße“ und, wie ich hinzusetzen möchte, Umhüllungen.

Von anderen Gebrauchsgegenständen, bei denen die Verwendung schädlicher Stoffe gesundheitliche Störungen herbeiführen kann, wären hier noch Farbstifte und Malerfarben, Buntpapier, Kosmetika, Kerzen u. a. namhaft zu machen.

Die §§ 6—9 sind von Herrn Geheimrat Juckenack so erschöpfend und ganz in Übereinstimmung mit meiner Auffassung besprochen worden, daß ich mir ein näheres Eingehen ersparen kann.

Dafür möchte ich aber dem § 10, dem eigentlichen Rückgrat unserer amtlichen Tätigkeit noch ein paar Worte widmen.

Als Hindernis bei der Verfolgung objektiver Beanstandungen hat sich oft das Fehlen einer Definition für die Begriffe „verfälscht, nachgemacht, verdorben, gesundheitsschädlich“ herausgestellt. Ist es mir doch passiert, daß ein Gegensachverständiger die Verdünnung von Himbeersaft mit Wasser statt als Verfälschung als Verbesserung bezeichnete, weil der saure Geschmack dadurch gemildert werde!

Es läge nun nahe, und diesen Vorschlag habe ich früher in meinem Handbuche der Nahrungsmitteluntersuchung gemacht (Bd. IV, S. 51), die entsprechenden Begriffsbestimmungen nach der seitherigen Rechtsprechung in das Gesetz mit aufzunehmen. Nach der jetzigen Sachlage erscheint es mir jedoch zweckmäßiger, diese Definitionen in die Ausführungsbestimmungen zu verweisen, dafür aber den Geltungsbereich der §§ 10—14 auf „irreführend bezeichnete“ Nahrungs- und Genußmittel auszudehnen. Nur hierdurch läßt sich der mehrfach empfundene Übelstand beseitigen, daß gegen

¹⁾ Gesetze und Verordnungen, betr. Nahrungs- und Genußmittel, 1914, 6, 352, Artikel 66, 254, 268.

den Verkauf von Pferdefleisch für Rindfleisch, von Rüböl für Olivenöl mit dem Nahrungsmittelgesetz nicht eingeschritten werden kann.

Als weitere Lücke des § 10 erwähne ich noch, daß gegen die Feilhaltung verfälschter usw. Nahrungsmittel nur dann vorgegangen werden kann, wenn sie unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung erfolgt, nicht aber, wenn gar keine Bezeichnung vorhanden ist. Die Aufnahme einer Vorschrift, daß jedes verfälschte, nachgemachte oder verdorbene Nahrungsmittel die entsprechende wahrheitsgemäße Bezeichnung tragen muß, scheint mir unerlässlich.

Erlassen sie es mir, auf die übrigen Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes, die zweifellos ebenfalls von höchster Bedeutung, aber mehr verwaltungsrechtlicher Natur sind, näher einzugehen. Ich habe in dieser Hinsicht den Ausführungen meines Freundes Juck enack nichts hinzuzusetzen. Wohl aber möchte ich noch einmal auf die ungeheure Wichtigkeit der auf Grund von § 5 zu erlassenden Ausführungsbestimmungen, die ich mir als **rechtsverbindliche Festsetzungen für die einzelnen Nahrungsmittel** denke, hinweisen.

Wie ich schon mehrfach, zuletzt in meinem Vortrag auf der 13. Hauptversammlung in Koblenz am 23. Mai 1914¹⁾ ausgeführt habe, richtete sich der Widerstand der Gewerbetreibenden gegen die Nahrungsmittelkontrolle, vor allem gegen die sog. Rechtsunsicherheit, die darin besteht, daß die gleiche Ware nicht von allen Gerichten in gleicher Weise beurteilt wird. Die Ursache dieses zweifellos vorhandenen, wenn auch oft übertriebenen Übelstandes liegt darin, daß die einzelnen Sachverständigen über den Begriff der normalen Beschaffenheit verschiedene Ansichten haben können. Wenn schon es sich hier weniger um einen besonderen Mangel der Nahrungsmittelkontrolle als um eine allgemeine Folge der Sachverständigen-Vernehmung handelt, die in gleicher Weise bei der Rechtsprechung über den Handel mit Webwaren, Mineralien zutage tritt, so ist doch die Beseitigung oder zum mindesten die Einschränkung derartiger Widersprüche dringend erwünscht. Nachdem weder die sog. „Vereinbarungen“, noch das vom Bunde der Nahrungsmittelfabrikanten herausgegebene „Deutsche Nahrungsmittelbuch“ bei den Vertretern der Fabrikanten und Händler einerseits und der Nahrungsmittelkontrolle andererseits völlige Zustimmung gefunden haben, scheint der Erlaß rechtsverbindlicher Festsetzungen über die Beschaffenheit der einzelnen Nahrungsmittel, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände als einziges Mittel zur Herbeiführung gleichmäßiger Rechtsprechung allseitig angesehen zu werden. Wie bekannt, hat das Reichsgesundheitsamt unter Zuziehung von Sachverständigen aus den Handels- und Gewerbekreisen, sowie von praktischen Nahrungsmittelchemikern in mühsamer Arbeit die Abschnitte „Speisefette“, „Honig“, „Essig“, „Käse“, „Kaffee“ und „Kaffeeersatzstoffe“ fertiggestellt, und es steht zu hoffen, daß weitere Gegenstände alsbald in Angriff genommen werden, damit sie nach Neubearbeitung des Nahrungsmittelgesetzes alsbald ebenfalls in Kraft treten können. Wir dürfen uns rühmen, wertvolle Vorarbeiten über die Beurteilung von Wurstwaren, Milch, Speisefetten und -ölen, Marmeladen, alkoholfreien Getränken, Dessertwein, Trinkbranntwein, Gewürzen, Kakao und Schokolade geleistet zu haben, und werden uns auch in Zukunft der Verpflichtung nicht entziehen, die wissenschaftlichen Grundlagen für die erwünschten Verordnungen zu liefern. Wichtige Gebiete unseres Tätigkeitsbereichs warten ja noch der Regelung. Ich erinnere nur an Fleisch, Getreide, Mehl und Brot, Teigwaren, Bier und besonders die schwierige Materie der Gebrauchsgegenstände. Ihre alsbaldige Inangriffnahme scheint mir die dringendste Aufgabe des Vereins in den nächsten Jahren. Gediogene wissenschaftliche Leistungen werden nicht nur in idealem Sinne jedem einzelnen von uns die schönste Befriedigung verschaffen, sondern auch am wirksamsten das Ansehen der Vereins und unsere wirtschaftlichen und Standesinteressen fördern.

¹⁾ Diese Zeitschrift 1914, 28, 575.

Der Vorsitzende: Ich danke dem Berichterstatter für die uns gemachten Ausführungen und möchte nun bitten, in die Diskussion über das erste Referat einzutreten.

Diskussion.

Dr. Stadlinger: Der Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß man über die Toten nichts Ungünstiges sagen soll. Ich für meine Person möchte etwas Günstiges sagen. Ich bedauere, daß die Ersatzmittelverordnung so sang- und klanglos gefallen ist, ohne daß man etwas Besseres für die nächste Zeit an deren Stelle setzen konnte. Meines Erachtens hätte das Nahrungsmittelgesetz so weit vorbereitet sein müssen, daß es automatisch an die Stelle der in Grund und Boden gewirtschafteten Ersatzmittelverordnung sofort eingetreten wäre. Wir haben jetzt ein Vakuum für die nächste Zeit, das auszufüllen große Schwierigkeiten haben wird. Die Ersatzmittelverordnung hat zweifellos ihr Gutes gehabt. Die Industrie hat gewußt, woran sie war, und ich bin durchaus nicht der Optimist, der glaubt, jetzt hören alle Ersatzmittel von selbst auf. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß der Schwindel jetzt erst recht vor sich geht. Wenn die bestehenden Verordnungen nach der Ansicht des Herrn Geheimrat Juckenack ausreichen, dann muß ich fragen: Warum haben wir eine Ersatzmittelverordnung so mühsam aufgebaut? Ich bin der Meinung, daß die Ersatzmittelverordnung nicht für Zeit und Ewigkeit aufgebaut war, aber auf der anderen Seite sage ich mir: Einreißen ist sehr schön, aber etwas anderes an seine Stelle setzen, ist schwierig und ich möchte, nachdem wir vor der vollendeten Tatsache stehen, bitten, daß das Nahrungsmittelgesetz mit der allergrößten Beschleunigung ausgebaut wird, damit wir für die nächste Zeit nicht einen Zustand bekommen, der bloß zu Fehden in Gerichtssälen führt und zur Unsicherheit in der Nahrungsmittelindustrie. Wir haben gestern gesehen, wie es mit dem Kunsthonig geht. So wird es mit den anderen Sachen auch kommen. Es wird gesagt, wir haben die Preistreibeiverordnung. Es ist aber nicht sehr einfach, auf Grund davon vorzugehen, und die Lage bringt für die Fabrikanten auch eine große Unsicherheit. Und wenn die Leute z. T. auch freigesprochen worden sind, die unschuldig waren, so bleibt doch etwas an ihnen hängen, und die anderen sagen, es muß doch etwas dran gewesen sein. Ich komme auch von einem Begräbnis erster Klasse, das wir in Baden gefeiert haben. Nachdem die Ersatzmittelverordnung für Lebensmittel aufgehoben war, blieb uns nichts weiter übrig, als daß wir die Verordnung über fettlose Waschmittel auch aufhoben. Und es hat sich bereits gezeigt, daß das ebenfalls zu Schwierigkeiten führt. Wir haben bei fettlosen Waschmitteln nichts mehr in der Hand, als die Preistreibeiverordnung. Ich bin fest überzeugt, der Schwindel mit fettlosen Waschmitteln geht jetzt erst recht los. Ähnlich wird es bei den Nahrungsmitteln sein. Ich möchte von meinem Standpunkt als öffentlicher Chemiker hier offen aussprechen, daß ich es bedauere, daß die Ersatzmittelverordnung mit einem Schlage gefallen, und daß nicht automatisch das Nahrungsmittelgesetz an seine Stelle getreten ist.

Dr. Bouhon: Ich möchte anfragen, ob es nicht zweckmäßig ist, in den § 2 oder 3 des Nahrungsmittelgesetzes die Bestimmung bereinzunehmen, daß die Entschädigung für die entnommenen Proben nicht in der Höhe des üblichen Kaufpreises sondern des Einkaufspreises zu zahlen ist.

Geheimrat Juckenack (unterbrechend): Kaufpreis ist der Einkaufspreis einschließlich der berechtigten Unkosten, nicht der Verkaufspreis.

Dr. Bouhon (fortfahrend): Es würde sehr zu begrüßen sein, wenn bei den Ausführungsbestimmungen die Bestimmung über eine einheitliche Durchführung der Lebensmittelüberwachung im ganzen Reiche getroffen würde. Bezüglich der Ersatzmittel bin ich auch anderer Ansicht wie Herr Prof. Beythien und ich wundere mich, daß gerade er als Sachse das sagt. Wir in Sachsen waren eigentlich sehr stolz darauf. (Zuruf Beythien: Mit meiner Ausnahme!) Ich bin der Ansicht, daß eine Unmenge von alten Mißständen wieder auftauchen wird, und die Ersatzmittel den Markt wieder überschwemmen werden.

Prof. Wirthle: Wir haben im vorigen Jahre in Eisenach beschlossen, nicht aufsondern abzubauen. Wir haben über die Wirkung der Überwachung der Ersatzmittel ganz gemischte Erfahrungen gemacht. Vielfach ist man der Meinung: Jetzt bekommen wir das minderwertige Zeug wieder herein, wenn die Sache sang- und klanglos fällt, ohne daß ein Ersatz dafür da ist. Ich fasse die Sache anders auf. Wenn auch die Nebenverordnungen gefallen sind, haben wir trotzdem noch einen Anhaltspunkt, der nach meiner Ansicht vollständig für unsere Beurteilung ausreichend ist. Das sind unsere sogenannten Richtlinien. Daran müssen wir festhalten und ich bin fest überzeugt, wir kommen durch. Wozu stehen wir in unserem Berufe drin und haben die langjährigen Erfahrungen gesammelt?

Prof. Rothenfußer: Die Ersatzmittelregelung ist tot. Es lebe die Ersatzmittelregelung. Wenn ich bis zum letzten Augenblick immer darauf hingewiesen habe, daß wir nicht ohne weiteres die Ersatzmittelregelungen von einem Tag auf den andern aufheben

sollten, so war es die Überzeugung, daß dann Verhältnisse einreißen würden, die unhaltbar sind, und daß wir damit ein Gebiet für gewisse stellungslose Schieber schaffen würden. Wenn jetzt dieses Vakuum eintritt, so ist die Gefahr sehr groß, und dieser Grund hat mich veranlaßt, zu sagen, wir müssen abbauen, möglichst schnell abbauen, aber die Sache aus der Welt schaffen, ohne gleichzeitig an ihre Stelle etwas anderes Besseres zu setzen, diesen Weg halte ich für sehr bedenklich. Nun ist von anderer Seite das Bedürfnis ausgesprochen worden, die Richtlinien aufrecht zu erhalten. Gewiß ist das wünschenswert. Aber Herr Geheimrat Juckenack hat gesagt, daß davon keine Rede sein könne. Wir müssen also schauen, wie wir mit der Sache sonst fertig werden. Insbesondere werden sich auf dem Gebiete der übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs große Mißstände zeigen. Es ist schon gestreift worden, was für Zustände bei uns in Süddeutschland in bezug auf die fettfreien Waschmittel eingedrungen sind. Es wird voraussichtlich im Bereich des Ersatzmittelmarktes ganz fürchterlich werden. Ich möchte den Antrag stellen, daß wir uns über die Frage aussprechen, ob wir die Richtlinien stillschweigend als Grundlage für unsere Arbeiten und Beurteilungen anerkennen wollen, oder wie wir sonst während dieses Vakuums uns zu der Sache stellen.

Dr. Leonhard: Ich möchte kurz um eine Auskunft bitten. Nach dem Entwurf des neuen Nahrungsmittelgesetzes soll den Beamten der Untersuchungsanstalten weitgehende Befugnis zum Betreten der Räume zur Erhebung von Proben gegeben werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß man dann Gefahr läuft, bei der Verhandlung als Sachverständiger abgelehnt zu werden, wenn man beim Vorverfahren als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft tätig gewesen ist. Ich möchte um Aufklärung über diesen Punkt bitten.

Geheimrat Juckenack: Wenn ich das Wort nehme, geschieht es deswegen, um die Debatte über die Ersatzmittelfrage abzuschneiden. Sie werden aus meinem gesamten Vortrage gesehen haben, daß ich mich bemüht habe, ganz sachlich alle möglichen Fragen der Lebensmittelgesetzgebung anzuschneiden, ohne persönlich Stellung zu nehmen. Nachdem die Ersatzmittelfrage in die Debatte geworfen worden ist, halte ich es für meine Pflicht, einige Worte dazu zu sagen. Es ist hier gesagt worden, warum haben wir etwas aufgebaut, um es nachher wieder einzureißen. Wenn Sie der Begründung der Reichsregierung gefolgt wären, hätten Sie gesehen, daß seinerzeit die Ersatzmittelverordnung geschaffen war, um gewissen Kriegsschwüdel energisch zu beseitigen. Es ist nie daran gedacht worden, den Verkehr mit Ersatzmitteln irgendwie dauernd einseitig zu regeln. Die Reichsregierung hat, bevor sie die Verordnung aufhob, sämtliche beteiligten Kreise gehört. Es waren in der entscheidenden Sitzung insgesamt ungefähr 100 Vertreter von Industrie, Handel und Verbrauchern, Konsumvereinen usw. — von den Verbrauchern sind 25 Organisationen eingeladen gewesen — anwesend. Man war sich klar darüber, daß heute die Sachen, die seinerzeit als Unfug mit Recht bekämpft wurden, aus dem Verkehr verschwunden sind, und daß kein verständiger Mensch heute noch daran denkt, diesen Schund zu kaufen. Es wurde vom Kleinhandel selbst bestätigt, daß jene Sachen heute unverkäuflich sind, und auch von den Konsumvereinen wurde darauf hingewiesen. Meine Herren! Sagen wir es in unserem Kreise offen: Die Ersatzmittelverordnung war schon seit einiger Zeit absolut undurchführbar. Was geschehen ist, das ist geschehen gegen die Rechtsgrundlagen, die vorhanden waren; sie war absolut nicht mehr durchführbar. Nachdem nun der Versailler Friede geschlossen war, trat ein derartiger sprunghafter Wechsel in den Preisen ein, daß es dem Kaufmann gar nicht mehr möglich war, zu kalkulieren, zumal er nicht wissen konnte, ob er die Genehmigung bekam. — Nun die zweite Frage: Kann man nicht von einer Festsetzung der Preise absehen und die andern Sachen lassen? Da muß ich die Gegenfrage stellen: Können Sie es in einer Zeit, in der wir in der größten Armut leben, und die Regierungen überlegen, wie sie noch einigermaßen den Etat balancieren können, können Sie es da verantworten, nur für diese eine Frage die große Organisation der Ersatzmittelstellen — ich kenne Ersatzmittelstellen, die über 60 Angestellte haben — mit ihren ungeheuren Kosten zu unterhalten? Lassen sich diese ungeheuren Kosten heute noch rechtfertigen? Nun betrachten Sie die Sache noch von einem anderen Standpunkte: Wenn Sie bedenken, daß die ganze Gewerbepolizei in allen deutschen Ländern nur einen ganz kleinen Bruchteil der Sicherheitspolizei bilden kann, also nur einen gewissen Umfang haben kann, wenn Sie weiter überlegen, daß diese Gewerbepolizei nicht nur die Gewerbebetriebe, sondern auch das ganze Gebiet des Lebensmittelhandels überwachen soll, so werden Sie mir zustimmen, daß es unmöglich ist, daß sie Kosten aufwendet für die paar Ersatzmittel, die, wenn Sie den gesamten Lebensmittelverkehr betrachten, doch nur einen ganz minimalen Bruchteil desselben bilden — daß sie also dafür Kosten aufwendet, die sie für die gesamte Nahrungsmittelkontrolle nicht aufwenden kann. In Berlin sind mehr Beamte und Angestellte tätig gewesen zur Überwachung des Verkehrs mit Ersatzmitteln als für den gesamten andern Lebensmittelverkehr. Wie wollen Sie es rechtfertigen, für Sachen, die kein Mensch mehr kauft, eine derartige Organisation zu unterhalten? Für den Sachverständigen ist es natürlich bequem, feste Bestimmungen zu haben, aber man muß die Sache vom höheren Verwaltungsstandpunkte aus betrachten. Was das Publikum anbelangt, so war es interessant, daß geschlossen alle deutschen Konsum-

vereine von der Großeinkaufsgesellschaft herab bis zum letzten Konsumverein die sofortige Aufhebung verlangt haben, weil sie die Sache für unhaltbar und für gefährlich hielten. Nun die Richtlinien! Gewiß, sie haben heute nicht die formelle Bedeutung wie zur Zeit des Bestehens der Ersatzmittelverordnung. Sie bieten Ihnen heute aber doch die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Verordnung gegen irreführende Bezeichnungen gegen Auswüchse vorzugehen. Ich habe übrigens niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es mir ferngelegen hat, irgendeiner Dienststelle, die bei der Ersatzmittelregelung beteiligt war, irgendeinen Vorwurf zu machen; der Grund, warum die Ersatzmittelverordnung versagt hat, liegt lediglich darin, weil sie nicht durchführbar war. Das lag an den wirtschaftlichen Verhältnissen; wir wollen in der heutigen Zeit Gott danken, wenn es uns überhaupt möglich ist, die ganzen Mißstände allmählich so weit zu bekämpfen und einzudämmen, daß wir halbwegs erträgliche Verhältnisse bekommen. — Nun ist zum Schluß angeregt worden, die Überwachung überall einheitlich durchzuführen. Das halte ich für unmöglich. Sehen wir mal die Sache vom preussischen Standpunkte an. Preußen erstreckt sich von der Ost- bis zur Westgrenze des Reiches und umfaßt Wirtschaftsgebiete aller Art. Man kann da alle möglichen Verhältnisse finden, wie es in kleineren Staaten nicht möglich ist. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Gebieten Preußens ganz verschieden. Es ist etwas ganz anderes, ob ich in einem großen Industrieort kontrollieren lasse oder in Ostpreußen oder Pommern. Man muß die örtlichen Verhältnisse ganz genau berücksichtigen und an Hand der Verhältnisse prüfen, in welchem Umfange die Kontrolle nötig ist. Die Zentralbehörde muß auch zu den Anstalten das Vertrauen haben, daß sie ihre Polizeibehörde nach der Richtung beraten, daß solche Proben entnommen werden, mit denen wirklich weiter zu kommen ist. Wir erwarten, daß jeder bestrebt ist, daß sachgemäß kontrolliert wird, und ich muß sagen, mir hat jede Arbeit im Leben leid getan, die unfruchtbar war. Was hilft es, wenn ich unbefriedigt meine Sachen weglege, wenn ich nicht auf dem Gebiete, wo ich verantwortlich bin, wirklich auch ersprießlich tätig bin. — Dann die Anfrage des Kollegen Leonhard wegen der Sachverständigentätigkeit: Ich habe mir die Sache so gedacht: Selbstverständlich dürfen die Nahrungsmittelchemiker nicht Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sein, denn dann können sie ohne weiteres vom Gericht abgelehnt werden. Was uns heute fehlt, ist das, daß die Sachverständigen befugt sein müssen, auch an den Revisionen teilzunehmen. Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkte und führe ihn in Preußen überall durch, daß der Sachverständige nie allein kontrollieren soll. Die Kontrolle wird durch die Polizei ausgeübt. Die Regel wird sein, daß der Sachverständige den Beamten richtig anlernt, aber formell ist dieser das Exekutivorgan und der Sachverständige ist nur der Berater. Einen anderen Weg halte ich, auch im Interesse des Ansehens der Sachverständigen, nicht für gangbar.

Geheimrat Abel: Sie haben die Liebenswürdigkeit gehabt, mir zu gestatten, daß ich heute als Privatmann an ihren Verhandlungen teilnehme, nachdem ich so oft als behördlicher Vertreter ihnen beiwohnen durfte. Ich bin Ihnen dankbar dafür, um so mehr, als hier eine Angelegenheit erörtert wird, die mich schon lange beschäftigt hat. Bereits im Jahre 1907 habe ich einen Vortrag über die Reformbedürftigkeit unserer Nahrungsmittelgesetzgebung auf dem Hygienekongreß in Berlin gehalten und 1910 einen solchen im Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Was heute von Herrn Geheimrat Juckack vorgeschlagen worden ist, das möchte ich Wort für Wort nach meinen eigenen Erfahrungen als Hygieniker unterschreiben. Gestatten Sie, daß ich auf einige Punkte vielleicht näher eingehen darf, weil mir in ihnen das Wesentliche zu liegen scheint für eine wirklich zeitgemäße Ausgestaltung unserer Nahrungsmittelgesetzgebung. — Da scheint mir vor allen Dingen ein dringendes Bedürfnis zu bestehen, daß die ganzen Kontrollvorschriften im Nahrungsmittelgesetz anders gestaltet werden. Die Befugnisse, die im Nahrungsmittelgesetz der Polizei gegeben sind, reichen nicht entfernt aus. Die Beschränkung der Kontrolle auf die Verkaufsstelle allein, die Unmöglichkeit, in die Aufbewahrungsstellen einzudringen, ist immer wieder als störend empfunden worden. Es muß Einblick in die Verhältnisse des Nahrungsmittelbetriebes in dem Umfang gewonnen werden können, wie es zur Beurteilung der Sachlage nötig ist. Darüber wird kein Zweifel bestehen, ebensowenig wie darüber, daß nicht nur durch Polizeibeamte die Kontrolle vorzunehmen ist, sondern durch die Sachverständigen selbst, wo es irgendwie durchführbar ist. — Dabei möchte ich einen Punkt noch besonders hervorheben, den Herr Geheimrat Juckack, jedenfalls nur aus Versehen, nicht erwähnt hat. Ein großer Mangel besteht insofern, als die Überwachung der von außerhalb zu uns kommenden Waren ganz im Argen liegt. Wir haben nur für einige wenige Dinge, die vom Ausland kommen, die Möglichkeit, sie zu kontrollieren. Es muß versucht werden, die Kontrolle über die Einfuhrwaren zu verschärfen. Mir will scheinen, als ob das heute sogar leichter durchführbar sei, als früher, weil wir ja für eine große Zahl von Nahrungsmitteln noch eine Einfuhrbeschränkung haben. Bei den jetzigen hohen Weltmarktpreisen ist die Gefahr noch größer als sonst, daß minderwertige Erzeugnisse ins Land kommen. — Dann scheint mir sehr wichtig ein Punkt, über den Sie sicher alle einer Meinung sind; daß nämlich in dem Gesetz nicht nur wie bisher die Möglichkeit des Erlasses von Verboten bestimmter Herstellungsverfahren usw. vorhanden sein soll,

sondern daß auch positive Vorschriften über die Herstellung und Beschaffenheit und die Beurteilung der wichtigsten Nahrungsmittel statthaft sein müssen. Gleichzeitig sollte die Kontrollbefugnis des Reichstags gegenüber solchen Vorschriften beseitigt werden. Es wird ihnen erinnerlich sein, daß von der Möglichkeit, kaiserliche Verordnungen auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu erlassen, im ganzen nur wenig Gebrauch gemacht worden ist, weil man eine kaiserliche Verordnung nicht der Kritik durch eine Zufallsmehrheit im Reichstag aussetzen wollte. Auch die jetzige Regierung wird sich nicht der Gefahr aussetzen, daß eine von ihr erlassene Verordnung durch den Reichstag unwirksam gemacht wird. — Und nun noch eins, was Herr Geheimrat Juckennack schon erwähnt hat. Für eine Reihe von gewerblichen Betrieben ist eine Konzession nötig. Die Behörden können die Konzession wieder entziehen, wenn schwere Verstöße gegen die Interessen der Allgemeinheit in gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sittlicher Hinsicht vorkommen. So kann nach der Gewerbeordnung z. B. sogar für den Schwimm-, Turn- und Tanzunterricht usw. die Konzession entzogen werden. Aber ein Nahrungsmittelfälscher kann seinen Betrieb immer wieder fortsetzen; wenn er seine Strafe bezahlt oder verbüßt hat, fängt er von frischem an. Dabei steht der Gewinn, der durch unlautere Manipulationen im Nahrungsmittelhandel erzielt wird, meist in keinem Verhältnis zu der Strafe. Es müßte den Gerichten die Möglichkeit gegeben werden, zu bestimmen, daß solchen Lebensmittelfabrikanten und Händlern, die dauernd den Volksinteressen entgegenhandeln, die Erlaubnis zur Fortsetzung ihres Betriebes entzogen wird. — Was die Bestimmungen des § 10 und 11 anbelangt, so kann ich mich dem anschließen, was Herr Juckennack ausgeführt hat. Vielleicht interessiert es Sie, wenn ich erwähne, daß die Paragraphen, die mich als Arzt besonders angehen, nämlich die Paragraphen 12–14, meiner Ansicht nach einer Umgestaltung nicht bedürfen. Während man bei der Schaffung des Gesetzes dieses in seinen wesentlichsten Beziehungen als ein solches ansah, das gesundheitliche Schädigungen der Bevölkerung verhindern wollte, haben sich die Dinge inzwischen so verändert, daß man sagen kann: Das Nahrungsmittelgesetz ist heute im wesentlichen ein wirtschaftliches Gesetz. Gesundheitliche Schädigungen durch Nahrungsmittel sind glücklicherweise selten geworden, und das Gesetz hat deshalb in dieser Beziehung nicht mehr dieselbe Bedeutung, die es bei seinem Erlaß vor 41 Jahren besaß.

Dr. Hundeshagen: Wie stellen sich die Eisenbahnverwaltungen zu der gerade in der jetzigen Zeit wichtigen lebensmittel- und gesundheitspolizeilichen Überwachung der Beförderungsmittel? Es scheint mir, daß diese Sache gegenwärtig noch sehr im Argen liegt. Es ist mir aus meiner eigenen Praxis beispielsweise ein Fall bekannt, daß eine große Sendung von Kakaobohnen, deren Wert hoch in die Hunderttausende ging, durch eine ganz unzweckmäßige Art der Beförderung und Unterbringung eine fast unberechenbare Einbuße an Wert erfahren hat. Wie hat sich die Lebensmittelpolizei den Eisenbahnverwaltungen gegenüber zu verhalten, daß solche außerordentlich hohen Schädigungen des Volksvermögens vermieden werden?

Dr. Schiellbach: Ich wollte nur noch kurz eingehen auf die von verschiedenen Vorrednern gestreifte Frage der Waschmittel. Wer sich damit befaßt hat, der wird sagen, daß diese Waschmittelverordnung absolut nicht genügt hat. Der Schwindel auf dem Gebiet der Waschmittel war trotz der Verordnung riesengroß. — Nun möchte ich einen neuen Punkt in die Diskussion hineinbringen. Es ist mir bei den Erörterungen des Kollegen Leonhard bezgl. der Sachverständigentätigkeit der Gedanke gekommen, ob nicht bei der Reorganisation der Rechtspflege die Frage angeregt werden sollte, ob es zweckmäßig ist, bei den Beratungen, zu denen sich die Gerichte nach der Verhandlung zurückziehen, auch die Sachverständigen zu hören und es würde ein großer Erfolg sein, wenn auch bei der Nahrungsmittelgesetzgebung dieses ermöglicht werden könnte.

Dr. Baumann (schlecht zu verstehen) kommt auf § 17 zu sprechen und bemängelt die Art der Verteilung der Strafgeelder bei Verurteilungen.

Prof. Lendrich: Kollege Juckennack hat die Gründe dargelegt, die zur Aufhebung der Ersatzlebensmittelverordnung geführt haben. Ich teile diese Gründe durchaus. Auch wir haben gefunden, daß es ein fruchtloses Arbeiten war. Aber die Ersatzlebensmittelverordnung hinterläßt noch einen Schatten. Was wird aus all den Sachen, die noch schweben und die gerichtlich anhängig gemacht worden sind auf Grund dieser Verordnung, die nun aufgehoben ist? Es ist ein eigentümliches Ding, sowohl für den Nahrungsmittelchemiker wie für den Richter, wenn sie gegen die Leute vorgehen sollen auf Grund einer Verordnung, die nicht mehr in Geltung ist. — Dann möchte ich bezgl. der § 2 und 3 des Nahrungsmittelgesetzes unsere Erfahrungen mitteilen in bezug auf die Erweiterung der Befugnisse der Lebensmittelüberwachung. In dieser Beziehung ist Hamburg vorbildlich vorgegangen, indem die Betriebsüberwachung eingeführt worden ist, die sogenannte Lex Heyl. Diese Maßnahme ist außerordentlich wirksam und segensreich, nicht nur in der Richtung hin, daß wir in der Lage sind, die verschiedensten Betriebe kennen zu lernen, sondern auch insofern, als wir in der Lage sind, die Fabrikation selbst zu beeinflussen. Denn die Sachverständigen sind nicht nur Revisionsbeamte, sondern auch Berater. Sie stehen den Industriellen zur Seite, belehren sie, und nach dieser Richtung

wird das außerordentlich angenehm empfunden und wir haben insofern keinerlei Schwierigkeiten. Wir haben diese Sache noch dahin erweitert, daß wir jetzt eine Auskunftsstelle geschaffen haben, wo täglich zwischen 9 und 10 Uhr ein Herr zur Verfügung steht, der den Verbrauchern, sowie auch der Industrie Auskünfte erteilt über irgend welche Fragen, die die Betreffenden besonders interessieren, z. B. Nahrungsmittelversorgung, Verfälschungen usw. Die von uns bisher gemachten Erfahrungen zeigen, daß auch dieser Weg beschritten werden kann und vielleicht auch von unseren Untersuchungsämtern weiter ausgebaut werden kann. Nur so können wir mit der Zeit auf die Bevölkerung und auf die Industriellen einwirken und unseren Ämtern viel Mühe und Arbeit ersparen. — Dann möchte ich noch einen Punkt erwähnen. Seitens der Handelskammern sind Anträge gestellt worden, daß man für die Überwachung der Betriebe gewerbliche Sachverständige heranziehen soll. Ich habe gegen diesen Vorschlag Bedenken geäußert, und zwar einmal Bedenken wirtschaftlicher Natur, weil natürlich nur solche Sachverständige gewählt werden können, die auch Erfahrungen in einschlägiger Beziehung haben, und es ist sehr mißlich, wenn solche in die Betriebe der Konkurrenten hineinsehen. Zweitens halte ich es nicht für notwendig, denn die Sachverständigen, die diese Betriebe prüfen sollen, besitzen ohne weiteres die Kenntnis, daß sie in der Lage sind, sachgemäß die Überwachung vorzunehmen. Es bedarf dazu nicht gewerblicher Sachverständiger.

Geheimrat Juckennack: Es wurde gesagt, daß wir bisher nach dem geltenden Recht nicht berechtigt seien die Eisenbahnwagen und derartige Beförderungsmittel zu überwachen. Im preußischen Entwurf für Polizeiverordnungen ist jedoch auch vorgesehen, daß die Kontrolle sich auch erstrecken soll auf die Beförderung von Lebensmitteln, also kurz auf den gesamten Lebensmittelverkehr. Es ist natürlich notwendig, daß man die Möglichkeit haben muß, die Lebensmittel auf dem gesamten Verkehr bis zum letzten Verbraucher kontrollieren zu können. — Die Anregung des Herrn Dr. Schellbach ist nicht notwendig. Wenn ein Gericht nach Schluß der Verhandlung über eine Materie nicht klar ist, so braucht es nur die Urteilsverkündung auszusetzen und hat dann 8 Tage Zeit, sich genau zu unterrichten. Woher es in der Zwischenzeit seine Kenntnisse genommen hat, das ist seine Sache. — Herr Dr. Baumann möchte ich darauf hinweisen, daß gerade die von ihm angeschnittene Frage sehr eingehend in einem früheren Vortrage von mir behandelt worden ist, der auch in unserer Zeitschrift abgedruckt ist. Es muß jedesmal bei der Geldstrafe die Feststellung des Gerichts geprüft werden, warum der betreffende Täter verurteilt worden ist. Wenn es heißt, er ist verurteilt wegen Herstellung und Verkaufs verfälschter Nahrungsmittel und die Tatorte decken sich nicht, so muß die Geldstrafe geteilt werden. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, sondern möchte nur auf meinen damaligen Vortrag verweisen. Darin ist die Sache eingehend behandelt. — Was die Frage betrifft, inwieweit noch Verurteilungen auf Grund der aufgehobenen Verordnung zu erfolgen haben, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir an sämtliche Ersatzmittelstellen einen Runderlaß haben ergehen lassen, in dem die Frage im wesentlichen geregelt ist. Wir haben darin gesagt, daß die Ersatzmittelverordnung aufgehoben ist und nichts mehr veranlaßt werden soll. Im übrigen müssen natürlich die Sachen, die beim Gericht anhängig gemacht worden sind, durchgeführt werden, weil ja für die Gerichte dazu die Pflicht besteht. Ich bin im übrigen selbst der Ansicht, daß man in den letzten 14 Tagen keine Sache anhängig machen sollte. Natürlich wenn die Tat vor dem 1. Oktober liegt, muß eingeschritten werden. — Zum Schluß berührte Kollege Lendrich eine sehr interessante Frage, die auch in anderen Orten schon akut geworden ist, nämlich die Frage der amtlichen Auskunftserteilung. Die Frage hat im Laufe der letzten 20 Jahre wiederholt Anlaß zu Erörterungen gegeben. Es ist eine schwierige Frage. Die maßgebliche Auslegung der Gesetze steht ausschließlich den Gerichten zu, und es ist immer bedenklich, mündliche Auskünfte zu erteilen, weil späterhin nie genau der Wortlaut der Auskunft festgestellt werden kann. Im Ministerium geben wir derartige Auskünfte nicht. Wir pflegen zu sagen, daß die Auslegung der Gesetze Aufgabe der Gerichte sei, und daß wir im übrigen der Ansicht seien, daß, wenn die Sache so und so gehandhabt werde, kaum Bedenken bestehen würden. Man muß sich da immer sehr vorsichtig äußern. Wesentlich ist auch, daß derartige Auskünfte schriftlich gegeben werden, denn vielfach werden vom Publikum die Auskünfte unrichtig aufgefaßt. So hatten wir einen Fall, wo wir vor zwei Jahren eine schriftliche Auskunft erteilt hatten. Wir haben das Konzept vorlegen können und konnten nachweisen, daß ich die Auskunft gerade im umgekehrten Sinne erteilt hatte, wie der Betreffende behauptete. Wir erteilen deshalb stets die Auskünfte der Vorsicht halber mit der eben erwähnten Einschränkung.

Prof. Wirthle: Ich möchte nur hervorheben, daß die Erfolge bei unserer Untersuchungsanstalt nicht zum geringsten darauf beruhen, daß die Beamten bei der äußeren Kontrolle nicht nur Polizeibeamte spielen, sondern den Herstellern, den Kaufleuten und den Behörden beratend zur Seite stehen und dadurch das Vertrauen aller dieser Kreise gewonnen haben. Bezgl. der Erweiterung des § 2 unseres Nahrungsmittelgesetzes möchte ich sagen, daß wir in Bayern durch unsere Polizeivorschriften seit mindestens 30 Jahren befugt sind, das zu tun, was in der neuen Fassung des Nahrungsmittelgesetzes vorgeschlagen wird, und daß

wir befugt sind, sowohl in die Herstellungs- als auch in die Aufbewahrungs- und Verkaufsräume einzudringen und da die Kontrolle vorzunehmen und Proben zu entnehmen. Nun sind wir bei diesen Kontrollen keineswegs Polizei, auch nicht Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft, sondern wir sind nach unserer Verordnung lediglich Sachverständige der betreffenden Verwaltungsbeamten, selbst dann, wenn, was sehr häufig der Fall ist, die Kontrolle von uns allein ausgeübt wird. Ich habe schon wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß, wenn ich in der einen oder anderen Stadt den Bürgermeister mitnehme, der gleichzeitig ein Geschäft hat, dann ist der Teufel los, und mit Recht. Die Leute erblicken in ihm einen Konkurrenten und sagen: Ihnen, Herr Dr. sag ichs, dem sag ichs nicht. Da muß ich den Bürgermeister bitten, das Lokal zu verlassen. Er ist der zuständige Verwaltungsbeamte, und der Sachverständige muß ihn bitten, einen Augenblick vor die Türe hinauszugehen! Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand.

Dr. Stadlinger: Ich möchte nur auf das Bezug nehmen, was Herr Geheimrat Abel erwähnt hat bezgl. der Entziehung der Konzession im Falle wiederholter schwerer Verletzungen der Bestimmungen. Nach Abs. 3 im Artikel 151 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 heißt es: „Die Freiheit des Handels und Gewerbes wird nach Maßgabe der Reichsgesetze gewährleistet“. Es kann sich einer darauf berufen, daß er erklärt: „Ich kann zufolge Reichsverfassung ohne weiteres wieder arbeiten!“ Deshalb würde sich empfehlen, im Nahrungsmittelgesetz durch eine Sonderbestimmung darauf hinzuweisen, daß alle unzuverlässigen Personen, die direkt oder indirekt an der Lebensmittelproduktion und am Lebensmittelhandel teilnehmen, auszuschließen sind. Es muß auch verhütet werden, daß ein solcher „Maulwurf“ nicht in Form einer G. m. b. H. oder sonstwie unter Decknamen sein unsauberes Handwerk weiter betreiben kann. Ich möchte deshalb besonders auf den Artikel 151 der Reichsverfassung hingewiesen haben. Die Ausführungen des Kollegen Schellbach, daß sich die Waschmittelverordnung vom 11. Mai 1918 nicht bewährt habe, möchte ich dahin richtig stellen, daß sich die Waschmittelverordnung als solche wohl gut bewährt hat, aber dies nicht in ihren Auswirkungen zeigen konnte, weil die Kontrolle der fettlosen Waschmittel nicht ausgiebig genug war.

Dr. Baumann: Was Herr Geheimrat Juckenack als Antwort auf meine Anfrage gesagt hat, war mir auch bekannt. Aber meine Wünsche gehen weiter. Wenn wir Fälschungen in anderen Bezirken nachweisen, möchten wir gerne die ganzen Strafgeelder haben. Wenn wir die Arbeit leisten, so möchten wir auch das Geld haben. Ich glaube, dieser Wunsch ist gar nicht so unberechtigt.

Prof. Behre: Ich kann mich zur Frage der Kontrolle kurz fassen, nachdem ich, wie Sie wissen, in einer Veröffentlichung in der Chemikerzeitung meine Ansicht in dieser Frage mitgeteilt habe. Es muß, um mich kurz zu fassen, eine Verschiebung des Schwergewichts der Tätigkeit aus dem Laboratorium in die Außenkontrolle, in die Fabrikkontrolle, stattfinden. — Mich interessiert noch eine andere Frage, und in dieser Beziehung möchte ich Herrn Geheimrat Juckenack fragen, wie stellt sich die preußische Regierung und wie stellen Sie sich zu der Frage der Einheitlichkeit der ganzen Kontrolle im Reich? Wir wissen, daß die Einheitlichkeit noch sehr schlecht ist. Was die Frage der Verteilung der Proben in den einzelnen Ländern angeht, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß das nicht gleichmäßig gehandhabt werden kann. Aber eine gewisse Gleichmäßigkeit im ganzen Reiche muß doch erzielt werden können. Wie denkt sich nun die preußische Regierung, wie denkt sich das Reich die Überwachung in den einzelnen Ländern, damit eine gewisse Einheitlichkeit der Lebensmittelüberwachung ausgeübt wird. Das liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des redlichen Handels.

Prof. Haupt: Ich wollte auf die Schwierigkeiten hinweisen, die den jüngeren Herren noch den Kontrollen in der Industrie entgegenstehen. Wenn man jahrelang in dieser Hinsicht tätig ist, dann weiß man, daß es nicht von heute auf morgen möglich ist, solche Betriebe zu übersehen. Es würde sich empfehlen, wenn bei der Ausbildung und bei Fortbildungskursen auf diesen Punkt ganz besonderer Wert gelegt würde. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Kollegen, die neuerdings mit solchen Arbeiten betraut werden, vorher Gelegenheit hätten, unter sachkundiger Führung solche Betriebe zu besichtigen. Denn man steht zunächst, wenn man zum ersten Male in einen Betrieb kommt und dort kontrollieren soll, manchmal dümmer da, als der Werkmeister, trotz allen theoretischen Kenntnissen, die man hat. Bezüglich der Transportmittel kann ich dasselbe bestätigen, was hier schon erwähnt worden ist, und ich meine, wenn die Reichsregierung nach dieser Richtung hin Abhilfe schaffen könnte, so würde das nur im allgemeinen Interesse liegen.

Dr. Schellbach: Auf die Antwort des Herrn Geheimrat Juckenack war ich gefaßt. Das war mir bekannt. Es ist das aber unter Umständen nur eine rein theoretische Erörterung für das Gericht. Denn wenn zu einem Termine 12 Sachverständige aus allen möglichen Städten, sogar aus Süddeutschland, hinzugezogen worden sind, wird sich das Gericht wohl überlegen müssen, ob es sich durch eine Vertagung die hohen Kosten aufladen soll.

Prof. Lendrich: Die Bedenken, die Kollege Juckenaack gegen die Auskunftserteilung hat, kann ich nicht teilen. Es kommt selbstverständlich darauf an, daß der Sachverständige, der diese Auskunft gibt, sie auch so vorsichtig und so umgrenzt gibt, daß ihm daraus nicht irgendwie ein Strick gedreht werden kann. Außerdem wird die Auskunft auch nur mündlich erteilt, so daß schriftliche Unterlagen nicht bestehen. Dann behandeln diese Auskünfte auch meistens nur gewerbliche Fragen oder Gesetzesauslegungen. Und letzten Endes haben auch die Verbraucher und die Industriellen ein Recht darauf, sich irgendwo Auskunft holen zu können. Denn wer soll sie letzten Endes geben? Ich habe oft die Erfahrung gemacht, daß die Gerichte diese Leute einfach an uns verwiesen, weil das Gericht selbst nicht in der Lage war, eine Auskunft zu erteilen.

Dr. Mezger: Bei uns in Stuttgart üben die Polizeiorgane die ambulante Lebensmittelüberwachung aus. Bezüglich der Bestrafung würde ich es für zweckmäßig halten, wenn die betreffenden Geschäftsleute, die wegen irgend eines geringen Verstößes angezeigt werden, nicht gleich in hohe Strafe genommen werden, sondern ich würde dafür sein, daß man sie zunächst nur verwarnet. — Dann kommt es auch vor, daß eine ganze Reihe von Kontrollen ergebnislos verlaufen, und der Täter nicht ermittelt werden kann. Es wäre in solchen Fällen angebracht, wenn die Sache, die von vornherein aussichtslos ist, nicht weiter verfolgt und das Amt nicht mit Akten belastet würde. Es könnte höchstens die Frage entstehen, wer bezahlt die Kosten der Untersuchung. In diesen Fällen sind wir in der Praxis dazu übergegangen, den betreffenden auswärtigen Beamten darauf hinzuweisen, daß an dem und dem Tage eine Anzeige erfolgt sei und daß wir die Sache ad acta gelegt haben. Ob das gesetzlich zulässig ist, möchte ich bezweifeln, aber wir haben uns damit behelfen müssen, um die Akten nicht ins Ungeheure anwachsen zu lassen. — Die Frage der Auskunftsstellen ist auch schon an uns herangetreten, und ich muß sagen, daß es tatsächlich notwendig ist, daß man dem Gewerbetreibenden mit Rat zur Seite steht und ihm nicht nur sagt, was verboten ist, sondern auch was erlaubt ist, wie die Zusammensetzung sein muß usw. Es ist auch meine Ansicht, daß man die belehrende Tätigkeit der Nahrungsmittelchemiker mehr in den Vordergrund rücken muß. Es kann doch keine Befriedigung bieten, jeden Gewerbetreibenden vor den Kadi zu schleppen und in dem einen Fall obzusiegen, in dem anderen Falle zu unterliegen, je nachdem der Betreffende in der Lage ist, einen Sachverständigen aufzutreiben und zu bezahlen oder nicht. Die Strafe soll nur ein Mittel zum Zweck sein, um Besserung zu schaffen. In erster Linie sollte man mildere Maßnahmen anwenden, und wenn im Nahrungsmittelgesetz die Möglichkeit gegeben wäre, eine Verwarnung vorzusehen, so würde ich das für sehr nützlich halten. — Was Herr Hundeshagen gesagt hat bezgl. des Verderbens von Nahrungsmitteln auf der Eisenbahn kann ich nur bestätigen. Wir haben in Württemberg eine Unmenge von Obst verderben sehen als Folge unzweckmäßiger Verpackung im Waggon, ohne daß der Waggon vorher gereinigt war usw.

Dr. Willeke: Ich möchte der Anregung zustimmen, die Herr Geheimrat Abel hier gemacht hat bezgl. der Überwachung der Einfuhrwaren. Ferner möchte ich auch der Anregung des Kollegen Behre zustimmen, eine Vereinheitlichung der Kontrolle im Reiche anzustreben. Wir haben in Hessen-Nassau in dieser Beziehung eine Buntscheckigkeit, die kaum glaublich ist. Es wäre ferner auch zu erwägen, ob nicht die Zollbehörden ersucht werden sollen, die amtlichen Anstalten mehr zu bevorzugen, um gerade in der Richtung hin ein Zusammenarbeiten in der Lebensmittelüberwachung zu ermöglichen. Vielfach gehen die Zollbehörden selbständig vor, lassen die Sache untersuchen und die Lebensmittelüberwachung bekommt erst post festum Kenntnis von der Sache. Das ist auch ein Mißstand.

Dr. Theopold: Wenn man am Schlusse des Jahres das Facit aus seiner Tätigkeit zieht, ist man in vielen Fällen recht unbefriedigt. Man hat vielfach Lebensmittel beanstandet und findet dasselbe Erzeugnis noch in Dutzenden von Geschäften vor, ohne daß die Möglichkeit gegeben ist, die beanstandeten Lebensmittel einzuziehen. Die Einziehung bezieht sich nur auf die beanstandeten Waren. Es müßte im neuen Nahrungsmittelgesetz ein Weg gefunden werden, alle als verfälscht erkannten Lebensmittel aus dem Handel zu ziehen.

Prof. Wirthle: Eine einheitliche Ausführung der Lebensmittelüberwachung ist nicht möglich. Nehmen wir z. B. unsere bayerischen Verhältnisse. Die Leute sind 30 Jahre an Kontrolle gewöhnt. Man darf da keine schematischen Vorschriften erlassen.

Der Vorsitzende: Ich frage den Berichterstatter, ob er auf die letzten Anregungen noch etwas zu erwidern hat.

Geheimrat Juckenaack: Zunächst die Waschmittelverordnung: Die Sache hat von vornherein daran gekrankt, daß es tatsächlich keine Ersatzmittel für Seife und Soda und Pottasche gibt, und wir Sachen genehmigen mußten, die kein Ersatz waren. — Was die Einheitlichkeit der Kontrolle betrifft, so beraten wir zur Zeit darüber einheitliche Grundsätze für die Durchführung der Weinkontrolle aufzustellen, und es wird vielleicht auch möglich sein, Richtlinien zu beraten, wenn wir das Nahrungsmittelgesetz ändern. Es kann sich dabei aber immer nur darum handeln, Richtlinien zu vereinbaren. — Was die Anregung des Kollegen

Haupt, über Fabrikkontrolle angeht, so ist der beste Weg, jüngere Kollegen anzulernen, der, daß man sie bei Kontrollen mitnimmt. Allerdings ist es zweckmäßig, wenn man schon in den Hochschulen anfängt, im Kolleg und bei den Besichtigungen darauf hinzuweisen. — Herrn Schellbach möchte ich sagen: Man macht das einfach so, man bringt das Verfahren zum Abschluß und setzt nur die Urteilsverkündung aus. — Mit Bezug auf die Ausführungen des Herrn Lendrich weise ich darauf hin, daß ich nicht gegen die Einrichtung von Auskunftsstellen sprechen sondern nur auf die Bedenken hinweisen wollte. Man muß jedenfalls sehr vorsichtig sein. — Dann die Auslandswarenüberwachung: Der Gedanke ist außerordentlich wertvoll. Was mir jedoch im Augenblick noch nicht klar ist, ist die Frage, wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Man kann so etwas leicht machen bei der allgemeinen Verstaatlichung, denn dann schützt man die gesamten Bewohner des Staates. Vielleicht kann man die Kosten auf die Einführenden abwälzen, so wie wir es bei der Auslandsfleischkontrolle haben. Die Sache scheint mir jedenfalls außerordentlich wichtig zu sein. — Dann wegen der Verwarnungen. Da scheint eine ganz falsche Vorstellung zu herrschen. Eine Verwarnung ist grundsätzlich keine Strafe. Eine Warnung kann selbstverständlich jeder aussprechen, der nicht Staatsanwalt ist, weil nur diese Kategorie von Beamten verpflichtet ist, die Verfehlungen weiterzuverfolgen. — Zu den Ausführungen des Herrn Wirthle hinsichtlich der besonderen landesrechtlichen Bestimmungen in Bayern möchte ich darauf hinweisen, daß ich auch in meinem Vortrage bemerkt habe, daß unbedingt § 4 Abs. 2 des Nahrungsmittelgesetzes bestehen bleiben muß, wonach die Landesbehörden befugt sind, weitergehende rechtliche Bestimmungen zu erlassen.

Der Vorsitzende: Dann hätten wir hiermit den ersten Punkt des Referates in einer genügenden Aussprache behandelt. Ehe wir nun zur Debatte über den zweiten Teil schreiten, möchte ich Herrn Kollegen Kober bitten, das uns zugesagte Referat zu erstatten.

Vorschläge über die Finanzierung kommunaler Untersuchungsanstalten.

Von
Kober-Trier.

Die diesjährige Etatsaufstellung für die Nahrungsmittel-Untersuchungsämter hat wohl jedem damit Beauftragten Schwierigkeiten gemacht. Der größte Posten in der Etatsaufstellung heißt „Zu deckender Fehlbetrag“. Ich schlug unserem Vorsitzenden vor, über die Deckung dieser Fehlbeträge zu beraten, und wurde daraufhin zum Referenten dafür bestimmt.

Sie wissen alle, meine Herren, wie schwierig die finanzielle Lage der kommunalen Untersuchungsämter geworden ist. Die Ausgaben sind gegen den letzten Friedensetat um das $4\frac{1}{2}$ - bis 6-fache gestiegen. Die Einnahmen können damit längst nicht mehr Schritt halten. Nachfolgenden Ausführungen liegen die Verhältnisse eines städtischen Untersuchungsamtes im Weinbaugebiete zugrunde, dem eine Anzahl Landkreise durch Verträge angeschlossen sind. Das Amt hat für die Landkreise eine festgelegte Mindestzahl von Untersuchungen auszuführen und zwar auf je 400 Einwohner der Landbevölkerung und je 200 Einwohner der Stadtbevölkerung eine Probe. Von den Proben sollen 4% auf Weinuntersuchungen entfallen. Dies macht für einen Amtsbezirk mit meist ländlicher Bevölkerung von 450 000 Einwohnern etwa 1300 Proben im Jahr aus. Die Polizeiverwaltungen sind verpflichtet, diese Mindestzahl an Proben einzusenden. Sind nun die Gebührensätze niedrig, so wird die einzelne Polizeiverwaltung nicht allzu ängstlich abwägen, ob diese oder jene Probe auch wirklich zur Beanstandung führt, und wird sie, die vorgesehene Mindestzahl überschreitend,